

LOAD e.V. – Verein für liberale Netzpolitik

The Big Five

Digitalpolitische Forderungen zur Bundestagswahl



The Big Five

Digitalpolitische Forderungen zur Bundestagswahl

Die digitale Transformation verändert die Art, wie wir unsere Leben führen. An diesen Wandel muss sich der Staat anpassen, um Dienstleistungen effektiv anzubieten und um die emanzipatorische Kraft der Digitalisierung für alle Bürgerinnen und Bürger zu fördern. Die Bundestagswahl im September 2021 ist von besonderer Bedeutung. Deutschland kann sich weitere vier Jahre Stillstand in der Digitalpolitik nicht leisten.

LOAD will den gesellschaftlichen digitalen Wandel konstruktiv unterstützen. Unsere Grundwerte sind Freiheit, Eigenverantwortung und das vorurteilsfreie Interesse an Neuerungen. Vor diesem Hintergrund stehen unsere Forderungen für die kommende Bundestagswahl.

1. Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sie dient immer dem Menschen.

Digitale Innovationen dienen immer dem Menschen, der selbstbestimmt im digitalen Raum agiert und den Umgang mit seinen Daten selbst bestimmt.

Wir fordern:

- Datenschutz und Datensicherheit müssen bei der Entwicklung von digitalen Dienstleistungen und Produkten von Anfang an mitgedacht werden (privacy by design und security by design).
- Die Einführung eines Digitalgrundsatzes in der Verwaltung, damit öffentliche Dienstleistungen grundsätzlich zuerst digital angeboten werden, bevor ggf. ein analoger Prozess nachgebildet wird.
- Den Ausbau digitaler Möglichkeiten der politischen Partizipation, um mehr Menschen die Teilhabe an der politischen Willensbildung zu ermöglichen.

Unsere Vision ist eine Zukunft, in der bei der Entwicklung neuer Technologien und Dienste der Mensch im Zentrum steht und Innovationen einen positiven Effekt auf Einzelne und die Gesellschaft haben. Technologien werden dazu genutzt, um Arbeit entsprechend den Lebensrealitäten und -wünschen zu gestalten. Der größtmögliche Schutz der Privatsphäre ist durch die konsequente Anwendung von Technologien wie der Ende-zu-Ende- oder der homomorphen Verschlüsselung gewährleistet. In dieser Zukunft ist sichergestellt, dass der Mensch selbstbestimmt entscheiden kann, was zu welchem Zweck mit seinen Daten geschieht. Dies umfasst auch die individuelle Entscheidung darüber, Dienste und Produkte mit Geld oder Daten zu bezahlen.

Grundsätzlich gilt, dass die Grundrechte auch im digitalen Raum geschützt und durchgesetzt werden. Das umfasst die Wahrung der Meinungsfreiheit, die informationelle Selbstbestimmung sowie den Schutz der persönlichen, körperlichen und geistigen Freiheit. Digitalisierung ist nie Selbstzweck, sondern soll einen Mehrwert für den Einzelnen und die Gesellschaft schaffen. Auch Menschen ohne technisches Verständnis oder materielle Möglichkeiten müssen von der Digitalisierung profitieren und dürfen nicht abgehängt werden.

2. Das Internet ist ein Versprechen von Freiheit.

Die Bürgerinnen und Bürger können sich jederzeit frei im Internet bewegen, ohne dass ihr Verhalten oder ihre Kommunikation überwacht und dadurch beeinflusst werden.

Wir fordern:

- Alle Provider von digitalen Kommunikations- und Speicherdiensten müssen die Kommunikation sowie gespeicherte Daten standardmäßig durch Ende-zu-Ende-Verschlüsselung schützen.
- Die konsequente Förderung und Weiterentwicklung von Verschlüsselungstechnologien (u.a. Post-Quantum-Kryptographie).
- Der Staat muss sich für den Einsatz von quelloffenen und sicheren kryptografischen Lösungen einsetzen und Sicherheitslücken unverzüglich an das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) melden, damit diese geschlossen werden können.
- Damit keine Interessenskonflikte entstehen, soll das BSI aus dem Geschäftsbereich des Bundesministerium des Innern herausgelöst und unabhängig werden.
- Der Bundestag soll ein Moratorium zur Erstellung weiterer Sicherheitsgesetze beschließen.
- Biometrische Massenüberwachung muss gesetzlich verboten werden.
- Der Einsatz von KI in der öffentlichen Verwaltung und in der Justiz muss diskriminierungsfrei und transparent erfolgen.
- Automatisierte Entscheidungen über Menschen müssen durch öffentliche und einfach verständliche Angaben über die verwendeten Algorithmen nachvollziehbar sein (qualitative Algorithmentransparenz).
- Automatisiert getroffene Entscheidungen müssen gerichtlich überprüfbar und grundsätzlich revidierbar sein.
- Datenschutzaufsichten müssen durch Stellenaufbau und zusätzliches Budget für unabhängige Prüfspezialisten gestärkt werden.

Unsere Vision ist eine Gesellschaft in der die Vertraulichkeit digitaler Kommunikation durch ein Recht auf Verschlüsselung und eine unabhängige IT-Sicherheitsarchitektur garantiert ist. Sicherheitsgesetze werden evidenzbasiert und zeitlich begrenzt beschlossen und regelmäßig auf ihre Wirksamkeit evaluiert. Durch eine Überwachungsgesamtrechnung wird das Gesamtmaß staatlicher Überwachung, dem die Bürgerinnen und Bürger ausgesetzt sind, so gering wie möglich gehalten. Die Autonomie des Individuums wird geschützt, indem die Politik das Recht in Ruhe gelassen zu werden akzeptiert statt ständig neue Befugnisse zu schaffen.

Grundsätzlich gilt, dass nicht immer neues Recht geschaffen, sondern bestehendes Recht konsequent umgesetzt wird. Die Rechtsdurchsetzung im Netz bleibt staatliche Aufgabe und darf nicht privatisiert werden.

3. Transparenz trägt zu einer informierten Gesellschaft bei.

Die Transparenz staatlichen Handelns, aber auch im Rahmen privatrechtlicher Beziehungen, ist Grundvoraussetzung für informierte Entscheidungen und trägt zum Abbau von Informationsasymmetrien bei.

Wir fordern:

- Eine allgemeine Veröffentlichungspflicht für öffentliche Datenbestände (Open-Data-Grundsatz).

- Einen Open-Data-Pakt von Bund, Ländern und Kommunen, in dem sich die staatlichen Ebenen auf gemeinsame Ziele verpflichten, damit der Wert offener Daten voll ausgeschöpft wird und der Gesellschaft zugutekommt.
- Die Förderung einer Open-Data-Kultur durch öffentliche Ausschreibungen, bei denen Open-Source-Alternativen immer mit angefragt werden und die Nachnutzung produzierter Daten für die Öffentlichkeit ermöglicht wird.
- Die Schaffung einer öffentlich betriebenen, kosten- und barrierefrei einsehbaren Datenbank, in der rechtliche Regelungen und Entscheidungen aller Ebenen maschinenlesbar abgerufen werden können.
- Eine Veröffentlichungspflicht für durch die öffentliche Hand entwickelte Anwendungen (public money, public code) und für öffentlich geförderte wissenschaftliche Forschungsergebnisse (Open Access).

Unsere Vision ist eine öffentliche Verwaltung, die für Bürgerinnen und Bürger transparent ist und es als ihre Pflicht begreift, ihr Handeln öffentlich darzulegen. Das Prinzip der offenen Daten ist auch im Bereich des Regierungshandelns und der Gesetzgebung (Open Government) sowie der Justiz (Open Justice) verankert. Um Abhängigkeiten zu vermeiden und als Vorreiter zur Weiterentwicklung der entsprechenden Projekte beizutragen, die der gesamten Gesellschaft dienen, setzen staatliche Stellen vermehrt auf Open Source und Open Hardware .

Grundsätzlich gilt, dass Transparenzpflichten von der Prämisse ausgehen, zum einen die Kontrolle staatlichen Handelns zu ermöglichen und somit Missbrauch vorzubeugen und zum anderen das Individuum in die Lage zu versetzen, informierte Entscheidungen zu treffen und somit Informationsasymmetrien abzubauen. Gleichzeitig sollen Informationen und Daten, die öffentlich gefördert wurden auch grundsätzlich gemeinfrei der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden.

4. Der digitale Raum muss demokratisch gestaltet sein und barrierefreie Teilhabe ermöglichen.

Der digitale Raum muss allen Menschen dienen und ihnen muss ermöglicht werden diesen gemeinsam zu gestalten.

Wir fordern:

- Die Gründung einer Bundeszentrale für digitale Bildung, um lebenslanges Lernen und Digitalkompetenz zu fördern.
- Die Einbeziehung der Netzgemeinde als wachsenden Teil der Zivilgesellschaft in Gesetzgebungsprozesse und politische Diskussionen.
- Den rechtlichen Anspruch auf einen Internetzugang, um gleichberechtigte Teilhabe an der digitalen Welt zu garantieren.
- Die Verpflichtung öffentlicher Stellen ihre digitalen Angebote als Standard barrierearm, besser noch barrierefrei, anzubieten, um digitale Teilhabe und eine intuitive Bedienbarkeit für alle Internetnutzenden gleichermaßen zu ermöglichen.

Unsere Vision: Lebenslanges Lernen und digitale Aufklärung werden als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und Teil der Daseinsvorsorge angesehen. Das schulische, universitäre und Erwachsenen-Bildungswesen ist um digitalisierte Komponenten erweitert worden. Medien-, Daten- und Algorithmenkompetenz sind fester Bestandteil der Lehrpläne an Schulen und werden kontinuierlich an neue Entwicklungen angepasst.

Öffentliche Angebote sind barrierefrei digital gestaltet, intuitiv bedienbar aber auch für nicht technikaffine Menschen auf analogen Wegen nutzbar.

Grundsätzlich gilt, dass Endnutzerinnen und -nutzern das Recht garantiert wird, über ihren Internetzugang auf rechtmäßige Dienste und Inhalte ihrer Wahl zuzugreifen und diese zu verbreiten. Uploadfilter, Netzsperrungen, individuelle Zugangssperren und andere staatliche Zwangsmaßnahmen, die Zugriffe auf Dienste und Inhalte erschweren, lehnen wir ab. Durch die prinzipielle Offenheit befähigt der digitale Raum demokratische Bewegungen und ermöglicht digitale Kultur.

5. Kooperationen und Allianzen sichern das Netz der Zukunft, nicht gegenseitiges Aufrüsten.

Das Internet ist nicht das Schlachtfeld der Zukunft, sondern wie Atemluft, die alle Menschen rund um den Globus teilen und schützen müssen.

Wir fordern:

- Deutschland muss in eine strikt defensive Cybersicherheitsstrategie investieren und sich auf europäischer und internationaler Ebene für die Ächtung digitaler Waffen und für strategische Autonomie im Hard- und Softwarebereich einsetzen (keine ABCD-Waffen).
- Die Bundesrepublik soll den Digital Nations beitreten und sich international für die Zusammenarbeit und Weiterentwicklung digitaler Demokratien einsetzen.
- Die Bundesregierung muss sich in der EU für die strenge Regulierung von biometrischen Technologien einsetzen, mit dem Ziel massenhafte, unzulässige Eingriffe in die Grundrechte zu verhindern.
- Entscheidungen mit tiefgreifenden und unumkehrbaren Folgen für Menschen dürfen nicht von einer KI getroffen werden.

Unsere Vision ist eine globalisierte Welt, in der digitale Technologien Menschen befähigen ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Digitale Standards werden durch liberale Demokratien gesetzt und ermöglichen weltweit die freie Kommunikation und Nutzung des Internet. Es existieren Aufsichtsstrukturen zum Schutz des Internets, für die Regulierung von globalen Tech-Monopolen oder Oligopolen und für den Einsatz möglichst diskriminierungsfreier Technologien. Europa ist technologisch unabhängig und investiert in Forschung, Entwicklung und Produktion von Schlüsseltechnologien. Insbesondere gilt dies für eine europäische Cloud-Infrastruktur, vollständig europäisch entwickelte High-Performance Computing Clusters und die Möglichkeit neueste Halbleiterbausteine lithografisch in Europa zu produzieren.

Grundsätzlich gilt, dass "Hackbacks" oder offensive digitale Waffen die Sicherheit aller unterminieren. Cyberangriffen begegnet man, indem man ihnen keine Einfallstore bietet. Das geht nur mit höchsten Standards und der höchsten Priorität von IT-Sicherheit. Überwachung bringt keine Sicherheit, sondern langfristig nur Unterdrückung.

Impressum

LOAD e.V. – Verein für liberale Netzpolitik
Reinhardtstraße 5
10117 Berlin

Vorsitzende: Ann Cathrin Riedel

info@load-ev.de
www.load-ev.de

Stand: März 2021



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons „Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International“-Lizenz. Weitere Informationen:
<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>